

Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft
des Rauhen Hauses Hamburg



Informationsblatt des Arbeitskreises (8. Jahrgang, Nr. 02, Februar 2014)

Alle Menschen streben gleichermaßen nach Glück. Sie haben lediglich unterschiedliche Vorstellungen davon.

Bernhard von Clairvaux

Diese Wirtschaft tötet

Aus dem Apostolischen Schreiben »Evangelii gaudium« - Freude des Evangeliums von Papst Franziskus

Ebenso wie das Gebot „Du sollst nicht töten“ eine deutliche Grenze setzt, um den Wert des menschlichen Lebens zu sichern, müssen wir ein Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung und der Disparität der Einkommen. sagen. Diese Wirtschaft tötet. Es ist unglaublich, dass es kein Aufsehen erregt, wenn ein alter Mann, der gezwungen ist, auf der Straße zu leben, erfriert, während eine Baisse um zwei Punkte in der Börse Schlagzeilen macht. Das ist Ausschließung. Es ist nicht zu tolerieren, dass Nahrungsmittel weggeworfen werden, während es Menschen gibt, die Hunger leiden. Das ist soziale Ungleichheit. Heute spielt sich alles nach den Kriterien der Konkurrenzfähigkeit und nach dem Gesetz des Stärkeren ab, wo der Mächtigere den Schwächeren zunichte macht. Als Folge dieser Situation sehen sich große Massen der Bevölkerung ausgeschlossen und an den Rand gedrängt ohne Arbeit, ohne Aussichten, ohne Ausweg. Der Mensch wird wie ein Konsumgut betrachtet, das man gebrauchen und dann wegwerfen kann. Wir haben die "Wegwerfkultur" eingeführt, die sogar gefordert wird. Es geht nicht mehr einfach um das Phänomen der Ausbeutung und der Unterdrückung, sondern um etwas Neues: Mit der Ausschließung ist die Zugehörigkeit zu der Gesellschaft, in der man lebt, an ihrer Wurzel getroffen, denn durch sie befindet man sich nicht in der Unterschicht, am Rande oder gehört zu den Machlosen, sondern man steht draußen. Die „Ausgeschlossenen“ sind nicht Ausgebeutete, sondern Müll, „Abfall“ [...]. Die Gier nach Macht und Besitz kennt keine Grenzen. In diesem System, das dazu neigt, alles aufzusaugen, um den Nutzen zu steigern, ist alles Schwache wie die Umwelt wehrlos gegenüber den Interessen des vergöttlichten Marktes, die zur absoluten Regel werden.

aus: »Die frohe Botschaft Jesu. Aufbruch zu einer neuen Kirche« als Buch erhältlich: Benno Verlag. 184 Seiten. 6,95 €. Es kann auch unter www.vatikan.va eingesehen und heruntergeladen werden.

aus: "publik-Forum" Nr.1/2014

Wäre es nicht schön, wenn es auch von evangelischer Seite solche Stellungnahme gäbe?

Zuwanderung nicht in schlechtes Licht rücken

Das Bundeskabinett hat am 8. Januar einen Ausschuss zur Klärung sozialer Fragen bei der Zuwanderung eingesetzt. Das Gremium aus Staatssekretären soll bis Juni klären, welche gesetzgeberischen Maßnahmen getroffen werden können, um einen möglichen Missbrauch von Sozialleistungen durch EU- Einwanderer zu unterbinden.

Hintergrund der von der CSU angestoßenen Diskussion ist die seit dem 1. Januar geltende Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus Bulgarien und Rumänien. Die Christsozialen befürchten eine Überlastung der Sozialsysteme. »Die Zuwanderung insgesamt darf nicht durch eine aufgeheizte politische Diskussion in ein schlechtes Licht gerückt werden«, sagte DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben. Er betonte, Deutschland brauche in den nächsten Jahren bis zu 1,5 Millionen qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland. Der Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste sagte, dass der Zuzug von Rumänen und Bulgaren den Kampf gegen den Fachkräftemangel in der Pflege voranbringe. Bereits heute fehlten bis zu 50.000 Pflegekräfte. Die Freizügigkeit in der EU dürfe nicht eingeschränkt werden. Wirtschaft und Verbände beharren auf EU-Freizügigkeit

aus epd-sozial-online Nr. 1/2-2014

Bundesagentur für Arbeit Behörde vergibt kaum noch Einstiegsgeld

Jobcenter vergeben das Einstiegsgeld für Hartz-IV-Empfänger, die sich selbstständig machen wollen, zurückhaltender als früher. Das geht aus einer am 30. Dezember veröffentlichten Studie des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung in Nürnberg hervor. Im ersten Jahr nach der Einführung 2005 erhielten demnach 17.000 Existenzgründer das Einstiegsgeld. In den beiden darauffolgenden Jahren wurde mit jeweils mehr als 32.000 bewilligten Förderungen ein Höhepunkt erreicht. Seitdem ging die Zahl um drei Viertel zurück und belief sich im Jahr 2012 auf 8.000. Mit dem Einstiegsgeld können Gründungen von Hartz-IV-Empfängern über einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren gefördert werden. Ziel des Einstiegsgelds ist es, den Hartz-IV-Bezug zu beenden.

Zahl der Woche: 767 Euro für Auszubildende

Die Auszubildenden in Deutschland haben 2013 im Durchschnitt 767 € im Monat erhalten. Damit stiegen die tariflichen Vergütungen der Lehrlinge gegenüber dem Vorjahr um 4,1 Prozent, teilte das Bundesinstitut für Berufsbildung am 7. Januar in Bonn mit. In Ostdeutschland lagen die Bezüge im Schnitt bei 708 € (plus fünf Prozent).

Sehr hoch lagen die tariflichen Bezüge zum Beispiel in den Berufen Mechatroniker (West: 938 €, Ost: 921 €), Kaufmann für Versicherungen und Finanzen (West und Ost: 935 €) und Medientechnologie Druck (West und Ost: 905 €). Eher niedrig waren die Vergütungsdurchschnitte dagegen in den Berufen Florist (West: 571 €, Ost: 312 €) und Friseur (West: 469 €, Ost: 269 €).

aus epd-sozial-online Nr. 1/2-2014

Mit Job-Gutscheinen gegen Dauerarbeitslosigkeit

Programm der evangelischen Kirche in Württemberg gegen die Perspektivlosigkeit

Diakonie und Evangelische Landeskirche in Württemberg wollen Langzeitarbeitslosen mit »Beschäftigungsgutscheinen« wieder zu Arbeit verhelfen. Mit dem kirchlichen Förderprogramm soll »ein sichtbares Zeichen der Unterstützung langzeitarbeitsloser Menschen gesetzt werden«, sagt der Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werks Württemberg, Oberkirchenrat Dieter Kaufmann. »Unser Augenmerk gilt gerade den Menschen, die der Arbeitsmarkt nicht aufnimmt.« Die evangelische Landessynode in Württemberg hat für das Förderprogramm zunächst eine halbe Million Euro bewilligt. Mit den Job-Gutscheinen sollen für Langzeitarbeitslose »zumindest stundenweise« Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden, sagt Kaufmann. Durch Kombination mit weiteren Mitteln von Jobcentern oder Kommunen könnten daraus »sogar sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse entstehen«. Im Rahmen des Förderprogramms würden Kirchengemeinden gebeten, Patenschaften für Langzeitarbeitslose in ihrer Gemeinde zu übernehmen, etwa als ehrenamtliche Helfer. Die Kirchengemeinden können den Angaben zufolge einen Beschäftigungsgutschein in Höhe von 150 bis 500 Euro pro Monat und Person für die Dauer eines Jahres beantragen und einlösen – je nach Art und Umfang der Beschäftigung. Diakonische Bezirke könnten mit dem Gutschein und Mitteln des Jobcenters auch beispielsweise einen langzeitarbeitslosen Mann als Fahrer im Tafelladen anstellen, erklärt der Diakoniechef. Den Angaben zufolge gibt es über 70.000 Langzeitarbeitslose in Baden-Württemberg. Das kirchliche Förderprogramm kann zunächst nur wenigen von ihnen helfen. Mit den von der Landessynode bereitge-

stellten 500.000 Euro können laut Kaufmann etwa 150 bis 200 Personen ein Jahr lang gefördert werden – rechnet man mit einem Durchschnittsbetrag von 250 Euro pro Monat. Läuft das Projekt »Beschäftigungsgutscheine« aber gut, dann sei durchaus eine Aufstockung der kirchlichen Mittel über die halbe Million Euro hinaus denkbar, deutet Kaufmann an. Denn gerade die Klientel der Langzeitarbeitslosen müsse der Kirche am Herzen liegen: »Wer lange Zeit arbeitslos ist, verliert die Perspektiven. Viele werden krank«, sagt Kaufmann. Die Kirchen wollen mit den Beschäftigungsgutscheinen die Arbeit der Jobcenter nicht ersetzen. Sie wollen aber bewusst einen Impuls setzen, weil die Situation für Langzeitarbeitslose im Land – trotz der guten Konjunktur – »immer bedrückender« werde. Immer mehr würden in den Jobcentern als reine »Bezahlkunden« gelten, denen außer den Hartz-IV-Regelleistungen zum Lebensunterhalt keine weitere Unterstützung mehr gewährt wird, stellt Kaufmann fest. Der Vorsitzende des Fachverbands Arbeitslosenhilfe im Diakonischen Werk Württemberg, Hannes Finkbeiner, nennt das Soforthilfeprogramm »ein Strohalmprogramm« für Langzeitarbeitslose, die von der Arbeitsmarktpolitik aufgegeben worden seien. 30 Prozent der Langzeitarbeitslosen in Baden-Württemberg bekämen von den Jobcentern keine Qualifikationsmaßnahmen oder Jobangebote mehr. »Diese Personengruppe wird komplett vergessen«, kritisierte Finkbeiner.

aus epd-sozial-online Nr. 1/2-2014

Ist ein gnädiger Markt möglich? Impulse aus der Rechtfertigungslehre

Zu diesem Thema leistete Hans-Jürgen Benedict am 19.01.2014 einen Beitrag im Sender NDR-Kultur. Der bemerkenswerte Beitrag ist erhältlich unter www.ndr.de/ndrkultur

Für Eure/Ihre schriftliche und verbale Unterstützung unserer Arbeit und unserer Themen danken wir sehr. Es ist wünschenswert, dass Themen und Diskussionsbeiträge von unseren Leserinnen und Lesern eingebracht und wenn uns Beiträge zugesandt werden, die wir veröffentlichen können. Über Anregungen und Kritik freuen wir uns.

**Beiträge und Anregungen bitte an
mathias.mees@web.de**

Unsere nächsten Treffen finden statt am 10. März 2014 von 18.00 bis 20.30 Uhr im Rauhen Haus (Altenheim-Haus Weinberg)

Redet, was gut ist, was erbaut und notwendig ist, damit es Segen bringe denen, die es hören.

(Monatspruch Februar 2014 aus Epheser 4, 29)

Herausgeber: DAGS
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:
Siegfried Heidler, Hamburg
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg

